

Rechte Szene
2
„Patrioten“ in Europa

Die deutsche extreme Rechte streckt ihre Fühler nach erfolgreichen Parteien wie der FPÖ und dem Vlaams Belang aus.

Unerwünschte Besucher

Die NPD will 2009 zur Kommunalwahl in Magdeburg kandidieren. Bislang fällt sie im Stadtrat aber eher durch Störungen und Straftaten auf.

Getrennte Wege

Republikaner wollen nicht mit der NPD.

Bundesweite Mobilisierung

Die NPD demonstriert für ein nationales Jugendzentrum in Berlin-Neukölln.

Neue Schulungsstätte

Marodes ehemaliges Möbelhaus wird NPD-Bildungszentrum.

„Linke Gutmenschen“

Hetzkampagne gegen Grünen-Abgeordnete.

Hinter Gittern

Den österreichischen Holocaust-Leugner und langjährigen Justizflüchtling Gerd Honsik erwarten noch einige Jahre Gefängnisauenthalt.

Seitenblick
7
„Ferien im Führerbunker“

Der Berliner Senat plädiert für ein Verbot der „Heimatreuen Deutschen Jugend“.

Psycho-Ideologie

Hamburg will ein Vereinsverbot der Scientology-Sekte vorantreiben.

Ausland
9
„Weiße Christen“

Rechtsextreme Umtriebe im Land der Holocaust-Opfer.

„Übergangsphase“

Beim rechtsextremen Front National dürfte alsbald der „Grabenkrieg“ zwischen den künftigen Rivalen um das Amt der Parteiführung entbrennen.

Rechtes Ritual

Alljährige Gedenkfeiern zur Huldigung des spanischen Diktators Franco.

Literaturtipp
11
Selbstinszenierung

Rechtspopulismus als Bürgerbewegung.

Demokratische Initiativen
12
Handlungsbedarf

Bei der Gewerkschaft ver.di steht die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ganz oben auf der Agenda.

Blick in die Zeitgeschichte
13
Verbrecherischer Befehl

Der Bandenbekämpfungserlass vom Dezember 1942 war ein Freibrief zum Morden.

Ungesühnter Massenmord

Gericht erkennt bei dem Massaker von 1943 auf der griechischen Insel Kephallonia keine „niedrigen Beweggründe“.

Meldungen
15

Rechte Szene

„Patrioten“ in Europa

Die deutsche extreme Rechte streckt ihre Fühler nach erfolgreichen Parteien wie der FPÖ und dem Vlaams Belang aus.

Vor allem „pro NRW“ beziehungsweise „pro Köln“ und die Republikaner buhlen derzeit intensiv um die Gunst der westeuropäischen Rechtsaußen-Parteien. Der „pro Köln“-Vorsitzende Markus Beisicht kündigte Ende November nach einem Treffen mit Vertretern der FPÖ, darunter deren Generalsekretär Harald Vilimsky, einen „ersten gesamteuropäischen Anti-Islamisierungskongress“ an, der im Herbst 2008 in der Domstadt stattfinden soll. Im Überschwang der Gefühle sprach „pro Köln“ von einer „historischen Entscheidung der patriotischen Parteien Europas“ und einer „euphorischen Stimmung“ angesichts der Kongress-Planung. Bei dem mehrtägigen Kongress wollen „die Spitzen von pro Köln/pro NRW, FPÖ, Vlaams Belang, Front National und anderer europäischer Rechtsparteien über Gegenstrategien zur unkontrollierten Massenzuwanderung, Überfremdung und Islamisierung beraten und versuchen, einen gemeinsamen Weg der Patrioten in Europa aufzuzeigen“.

Wenige Tage zuvor war eine Delegation von „pro Köln“ zur Wahlkampfunterstützung der FPÖ nach Graz gereist, Seite an Seite mit dem Vlaams Belang-Fraktionschef Filip Dewinter aus Antwerpen. Unterstützen wollten die Kölner in Graz die FPÖ-Spitzenkandidatin für den Gemeinderat, Susanne Winter, die in ihrem Wahlkampf immer wieder durch rechtsradikale und rassistische Äußerungen auffällt und im Interview mit der Wochenzeitung „Zur Zeit“, herausgegeben unter anderem vom FPÖ-Europaabgeordneten Andreas Mölzer, „Graz wieder den Grazern“ fordert und den Islam als „Feindreligion“ bezeichnet. Sie schwadroniert von einem „Kulturkampf gegen den Islam“ und vom „muslimischen Einwanderungs-Tsunami“. Kein Wunder, dass sie Dewinter zustimmt, wenn der sagt, der Islam habe in Europa nichts verloren. Winter: „Der Islam muss wieder dorthin 'zurückgeworfen' werden, wo er herkommt. Nämlich jenseits des Mittelmeeres.“ Das werde man aber nur im Zuge einer europäischen Vernetzung schaf-

fen, meint die FPÖ-Politikerin. Ein erster Schritt aus ihrer Sicht: ein „Städtebündnis gegen die Islamisierung Europas...“, das am Anfang aus der Achse Antwerpen-Köln-Graz bestehen wird“. Winters Ausfälle könnten einen Vorgeschmack darauf geben, welche Töne im Herbst beim „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln zu hören sein werden.

Von FPÖ und Vlaams Belang lernen heißt siegen lernen, denkt man sich auch bei den Republikanern. Der baden-württembergische Landesvorsitzende Ulrich Deuschle bedient sich seit einigen Monaten sogar bevorzugt des FPÖ-Slogans von der „sozialen Heimatpartei“, wenn er die Republikaner als „Schutz vor Globalisierung und Islamismus“ positionieren will. Am 1. Dezember lud der Republikaner-Landesverband in Stuttgart zu einem Fachkongress „Familie kontra Zuwanderung“ mit europäischen Gästen ein. Beteiligt auch hier laut einer Ankündigung der Republikaner: die FPÖ und der Vlaams Belang. Mit der Tagung wolle man an den „erfolgreichen Europakongress“ in Mainz am 6. Oktober anknüpfen, hatten die Republikaner verbreitet. Dabei war jener Mainzer Kongress aus Sicht der Parteispitze eigentlich gar nicht so erfolgreich. Die Hoffnung, von anderen europäischen Rechtsaußenparteien quasi als die deutsche Rechtspartei geadelt zu werden und im Windschatten der bei Wahlen erfolgreichen FPÖ und VB ins Europaparlament zu segeln – womöglich sogar auf einer grenzüberschreitenden Liste –, zerschlug sich. Mölzer mahnte statt dessen, die „deutsche Rechte“ müsse ihre Spaltung überwinden und die „Ausgrenzung der Ausgegrenzten“ beenden. Und FPÖ-Chef Hans-Christian Strache erklärte, die „Freiheitlichen“ würden keine Parteilisten unterstützen, sondern nur eine „überparteiliche Plattform“.

Bleibt aus Sicht der REP-Spitze wohl nur, entweder im Falle eines Alleingangs einer weiteren sicheren Wahlpleite entgegenzusehen oder sich zumindest der DVU ein wenig anzunähern. Die hatte ja im mit der NPD vereinbarten „Deutschlandpakt“ die Europawahl für sich reserviert bekommen. Harald Neubauer versuchte in Gerhard Freys „National-Zeitung“, den Republikanern Brücken zu bauen: Das Kooperationsmodell von DVU und NPD verstehe sich „als Kristallisationspunkt für weitere patriotische Bündnisbemühungen“ – und das „auf dem Boden des Grundgesetzes“, wie Neubauer betonte.

Tomas Sager

Unerwünschte Besucher

Die NPD will 2009 zur Kommunalwahl in Magdeburg kandidieren. Bislang fällt sie im Stadtrat aber eher durch Störungen und Straftaten auf.

Zum ersten Mal hat Lutz Trümper, Oberbürgermeister von Magdeburg, gegen einen Bürger der Stadt ein sechsmonatiges Hausverbot für das Rathaus erteilt. Somit kann Gustav Haenschke, Mitglied im Kreisvorstand der NPD, für eine geraume Zeit nicht als Zuhörer an den Stadtratssitzungen teilnehmen, was er in der vergangenen Zeit regelmäßig getan hatte. Grund für diesen bislang einmaligen Schritt sind Beleidigungen und Drohungen, die Haenschke per E-Mail an den bündnisgrünen Stadtrat Sören Herbst geschickt hatte. Unter anderem hieß es in der jüngsten E-Mail, Herbst sei „bei Winteranfang nicht mehr da“. Der Grüne stellte Strafanzeige. Die Anklage der Staatsanwaltschaft liegt jetzt bei Gericht, ein Verhandlungstermin steht noch nicht fest. Die bürgerlichen Rechte und Pflichten Haenschkes sind durch das befristete Hausverbot nicht eingeschränkt. Behördenangelegenheiten kann er in einem der Bürgerbüros erledigen.

Während der Ermittlungen gegen Haenschke stellte Herbst der Staatsanwaltschaft weitere Unterlagen zur Verfügung, durch die auch Michael Schroedter, ebenfalls Mitglied des NPD-Kreisvorstandes, in den Fokus der Ermittler geriet. Schroedter hatte unter Herbsts Namen dubiose Selbstbezeichnungen in das Bürgerforum auf der Internet-Seite der Stadt eingestellt. Danach sei Herbst homosexuell und beabsichtige für die nähere Zukunft den Übertritt in die NPD. Das Ermittlungsverfahren gegen Schroedter ist noch nicht abgeschlossen.

Haenschke hatte sich erst Anfang des Jahres zu seiner Mitgliedschaft und Tätigkeit in der NPD bekannt. Über Jahre hinweg genoss er in Magdeburg und auch über die Stadtgrenzen hinaus eine gewisse Popularität. Er fuhr zwischen 1990 und 2002 den Dienstwagen von Reinhard Höppner, zunächst zu dessen Zeit als SPD-Fraktionschef im Magdeburger Landtag, später zwei Legislaturperioden lang als Chef einer Minderheitenregierung. Selbst dem engsten Umfeld Höppners galt dessen Fahrer als unpolitischer Mensch.

Ob die NPD zur Wahl des Oberbürgermeisters im März kommenden Jahres antritt, ist noch offen. Wahlleiter Werner Ley kann dazu keine Aussage machen. Es handele sich um eine reine Personenwahl. „Das bedeutet, dass Einzelbewerber ebenso wie Bewerber einer Partei, die nicht im Stadtrat, im Landtag oder im Bundestag vertreten ist, 100 Unterstützerunterschriften vorlegen müssen, um überhaupt zur Wahl zugelassen zu werden.“ Denkbar sei sogar, dass die NPD einen Kandidaten in das Rennen um das Oberbürgermeisteramt schickt, der sich nach außen als parteiloser Einzelbewerber tarnt und erst später zur NPD bekennt.

Fest steht allerdings nach Angaben Gustav Haenschkes, dass die NPD zur Kommunalwahl 2009 antreten will und sich gute Chancen ausrechnet, im künftigen Magdeburger Stadtrat vertreten zu sein. Tatsächlich ist die rechtsextreme Partei nach der zurück liegenden Kommunalwahl, die aufgrund der Kreisgebietsreform in Sachsen-Anhalt erforderlich wurde, mit insgesamt 13 Mandatsträgern in Kommunalparlamenten des Landes vertreten. Bei der letzten Kommunalwahl im Jahr 2004 war die NPD in Magdeburg nicht angetreten.

Nicht nur Haenschke, sondern auch andere lokale und regionale NPD-Mitglieder und –Sympathisanten sorgten in der Vergangenheit durch lautstarke Missfallensbekundungen von der Zuschauerrängen für Störungen von Sitzungen des Stadtrates. Im Mai dieses Jahres wurde eine Gruppe von JN-Mitgliedern nach lautstarken Störungen und dem Entrollen mehrerer Transparente des Saales verwiesen. Während die Ordner versuchten, diesen Verweis durchzusetzen, kam es zu erheblichen Rangeleien mit den Rechtsextremisten. Angesichts dieses Vorfalles zeigten sich die Mitglieder des Stadtrates in seltener Einmütigkeit und skandierten gemeinsam „Nazis raus!“.

Provokationen dieser Art soll künftig eine Satzung für das Verhalten im Rathaus einen Riegel verschieben. Danach ist es verboten, bei den Sitzungen des Stadtrates Spruchbänder, Flugblätter und Transparente politischen Inhalts zu zeigen oder zu verteilen. Unaufgeforderte Erklärungen von der Zuschauerreihen sind ebenso wenig gefragt wie Beifalls- oder Missfallensäußerungen. Der Sanktionskatalog bei Verstößen gegen diese Regelungen reicht vom Ausschluss von einer Sitzung bis hin zu einem Bußgeld in Höhe von bis zu 2500 Euro.

Eberhard Löblich

Getrennte Wege

Republikaner wollen nicht mit der NPD.

Nachdem „pro Köln“ vorgemacht hat, wie sich mit Anti-Islam-Parolen anscheinend Erfolge erzielen lassen, springen in Nordrhein-Westfalen auch die NPD und die verbliebenen Reste der Republikaner verstärkt auf das Thema an. So in Essen, wo im Stadtteil Altendorf der Bau einer Moschee geplant ist. Die im Stadtrat vertretenen REP waren die ersten, die im Sommer eine Kampagne starteten. Ganz im Stil von „pro Köln“ lehnten sie den Moscheebau wegen grundsätzlicher „Unterschiede und Widersprüche im Verhältnis zwischen unserer Gesellschaft und dem Islam“ ab. „Essen ist unser“, proklamierten die Essener Republikaner abschließend.

Ganz ähnlich klang das bei Essens NPD: „Essen muss eine deutsche Stadt bleiben!“, fordert sie. Ihr geht es nicht nur um den Moscheebau. Sie verlangt die „Vorbereitung der hier lebenden Ausländer auf eine Rückführung in ihre Heimatländer“, was in der Kurzfassung nichts anderes als „Ausländer raus!“ bedeutet. Beim bloßen Verteilen von Flugblättern wollte es die NPD nicht belassen: Für den 8. Dezember meldete sie eine Demo gegen den Moscheebau an, zu der rund 250 NPDler und „Autonome Nationalisten“ kamen. Der Landesvize Timo Pradel richtete eine „vergiftete“ Einladung an die beiden REP-Stadtvertreter. Er fragte sie, „ob Sie bei dieser Manifestation deutscher Bürgerinteressen als Redner zur Verfügung stehen“.

Doch auch wenn sich zwischen „Essen ist unser“ und „Essen muss eine deutsche Stadt bleiben“ kaum ein Unterschied ausmachen lässt, wollten die REP von einem solchen Gastauftritt nichts wissen: „Die Art und Weise des öffentlichen Auftretens dieser Partei sowie ihr Erscheinungsbild sind nicht im Sinne der Republikaner.“ Erwartungsgemäß gefehlt haben bei der NPD-Demonstration auch die Essener pro-NRWler. Die ließen ihren Essener „Beauftragten“ Henryk Dykier ankündigen, man werde „auch in Essen offensiv gegen orientalische Großmoscheen, Hassprediger, Minarette, Muezzinrufe und Parallelgesellschaften kämpfen“, zur NPD wollen die um ein Saubermann-Image bemühten pro-NRWler öffentlich Abstand halten.

Tomas Sager

Bundesweite Mobilisierung

Die NPD demonstriert für ein nationales Jugendzentrum in Berlin-Neukölln.

Der Berliner Landesverband der NPD spricht von der erfolgreichsten Aktion der Partei in diesem Jahr. Tatsächlich haben rund 550 Rechtsextremisten aus ganz Deutschland am 2. Dezember im Berliner Stadtteil Neukölln für ein nationales Jugendzentrum demonstriert. Das war die bisher höchste Teilnehmerzahl bei dem Aufmarsch, der in diesem Jahr zum fünften Mal stattfand. Doch erstmals hat die NPD dafür bundesweit mobilisiert und mit ihrem Vorsitzenden Udo Voigt als Redner die Bedeutung dieses Aufmarsches noch unterstrichen. Die regionalen NPD-Kader sorgten eher für Empörung. So forderte der NPD-Vertreter in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung Thomas Vierk eine „Entlassung des deutschen Volkes“ und beschimpfte die rund 600 Gegendemonstranten als „dumm“, „drogenabhängig“ und „verlaust“. Die Forderung nach einem nationalen Jugendzentrum begründete er damit, dass „Volks-gemeinschaft schon in der Jugend beginnen“ müsse.

Das Projekt des nationalen Jugendzentrums sowie die alljährliche Demonstration ging ursprünglich von der Kameradschaftsstruktur aus, die unter den Namen „Kameradschaft Neukölln – Deutsche Gemeinschaft“ (DGS) und „Freie Nationalisten Rudow“ auftritt. Auch Mitglieder der verbotenen Neonazigruppen „Kameradschaft Tor“ und „Berliner Alternative Südost“ waren in der Vergangenheit aktiv. Durch die Verbote und weil mehrere Aktivisten der Kameradschaftsszene wegen diverser Straftaten zu teilweise längeren Gefängnisstrafen verurteilt wurden, begann die Annäherung an die NPD. Auch die beiden NPD-Bezirksverordneten von Neukölln, Jan Sturm und Thomas Vierk, haben gute Kontakte zur Kameradschaftsszene. Mit der Aktion am 2. Dezember hat sich diese Zusammenarbeit gefestigt. Da es bundesweit zwischen parteiunabhängigen Nationalisten und der NPD häufig Spannungen und Zerwürfnisse gibt, wird von Seiten der Partei die Aktion in Neukölln auch als großer Erfolg verkauft. Es steht zu befürchten, dass dies alljährlich wiederholt werden soll und so ein neuer ständiger Termin in der braunen Agenda geschaffen werden soll.

Peter Nowak

Neue Schulungsstätte

Marodes ehemaliges Möbelhaus wird NPD-Bildungszentrum.

Im vorpommerschen Anklam verfügt die NPD nun über ein „Nationales Bildungs- und Begegnungszentrum“. Am 30. Mai 2007 hatten zwei Wahlkreismitarbeiter der NPD-Landtagsabgeordneten Michael Andrejewski und Tino Müller ein ehemaliges Möbelkaufhaus von der Sparkasse Vorpommern für 17 000 Euro bei einer Zwangsversteigerung erworben. (bnr berichtete)

Jetzt wurde das Schulungszentrum offiziell mit einer Saalveranstaltung eingeweiht. Nach Polizeiangaben nahmen etwa 200 Rechtsextremisten aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen an der konspirativ organisierten Veranstaltung des NPD-Landesverbandes Mitte November teil. Zu den Rednern gehörten einer der Eigentümer des Gebäudes, der Bansiner Enrico Hamisch, Wahlkreismitarbeiter von Tino Müller und Vorsitzender der so genannten Initiative für Volksaufklärung e.V., der Schweriner NPD-Fraktionschef Udo Pastörs und das ehemalige Mitglied der Waffen-SS Herbert Schweiger. Angaben der NPD zufolge schwadronierte Schweiger „über seine Vorstellungen von einer Festung Europa, einem Europa der Vaterländer, über eine Zusammenarbeit mit Russland, in Anbetracht der demographischen Entwicklung der Weltbevölkerungen“. Nach den Reden schloss sich eine Feierstunde für den nationalistischen Dichter und das SS-Mitglied Kurt Eggers an.

Ob das Gebäude noch länger als Schulungszentrum dienen wird, kann indes bezweifelt werden. Demnächst flattert den Eigentümern Post der zuständigen Baubehörde ins Haus. Denn bislang liegt noch kein Umnutzungsantrag vor. Die Eigentümer müssen nun nachweisen, ob die hygienischen Bedingungen für Großveranstaltungen und andere dafür notwendige behördliche Vorgaben erfüllt sind. Angesichts des Bauzustandes des Gebäudes bestehen hieran jedoch erhebliche Zweifel. Die vom NPD-Parlamentarier Tino Müller überbrachte Spende und die Unterstützungszusage seines Fraktionskollegen Michael Andrejewski dürften dafür nicht ausreichend sein.

Thomas Niehoff

„Linke Gutmenschen“

Hetzkampagne gegen Grünen-Abgeordnete.

„Grüne weckt den Volkszorn“, titelte die „Frankfurter Neue Presse“ Anfang November. Doch es waren vor allem Anhänger einer rechtslastigen Initiative gegen einen Moscheebau im Frankfurter Stadtteil Hausen, die sich auf die Grünen-Stadtverordnete Nargess Eskandari-Grünberg eingeschossen haben. Die vor 20 Jahre aus dem Iran geflohene Frau hatte sich in einer aufgeheizten Sitzung im Frankfurter Römer gegen die wiederholten Klagen einiger Moscheegegner über einen zu hohen Ausländeranteil an Frankfurts Schulen mit der Feststellung gewandt, dass Frankfurt einen Migrantenteil von 40 Prozent habe. „Wenn ihnen das nicht passt, müssen sie woanders hingehen“, meinte Eskandari-Grünberg. In den darauffolgenden Tagen wurde die Abgeordnete zum Ziel wüster rassistischer Beschimpfungen auf rechten Internetforen. Man solle ihr den Mund mit dem Kopftuch stopfen, „Zurück in den Iran“, „Zuchthaus oder Arbeitslager genügt“, lauteten die Beschimpfungen. Ihr Ehemann wurde zur Zielscheibe offen antisemitischer Tiraden. „Ihr Mann ist der Jude Kurt Grünberg“ und „Psychoanalytiker ist ein typischer Judenberuf“ war dort zu lesen. Unter einem Porträtfoto von Grünberg mit einer hinein retuschierten Hakennase hieß es in eindeutiger Diktion: „der kraushaarige krummnasige Ehemann“.

Unterstützung bekamen die Angegriffenen von einer parteiunabhängigen Gruppe Frankfurter Bürger, die sich mit einer Erklärung gegen antisemitische und rassistische Erklärungen in der politischen Debatte wandten und die Beschimpfungen gegen Kurt Grünberg und Nargess Eskandari-Grünberg als neonazistische Angriffe bezeichneten. Tatsächlich machen die Internetbeiträge auf der Homepage eines „Aktionsforums gegen die Islamisierung Europas den rechtslastigen Hintergrund vieler Autoren deutlich. Ausdrücklich werden hier den NPD-Abgeordneten im Römer differenzierte Beiträge in der Debatte zum Moscheebau bescheinigt. Daneben findet noch die Bürgerfraktion für Frankfurt und deren Fraktionsvorsitzender Wolfgang Hübner positiv Erwähnung. „Das sind keine linken Gutmenschen, die haben keine Panik vor Rechts“, heißt es beispielsweise.

Peter Nowak

Hinter Gittern

Den österreichischen Holocaust-Leugner und langjährigen Justizflüchtling Gerd Honsik erwarten noch einige Jahre Gefängnisauenthalt.

Am 3. Dezember hat das Oberlandesgericht Wien eine 15 Jahre alte Haftstrafe des Rechtsextremisten und Holocaust-Leugnens Gerd Honsik bestätigt. Der heute 67-jährige Honsik war von einem Geschworenengericht in Wien am 5. Mai 1992 wegen NS-Wiederbetätigung zu einer eineinhalbjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Honsik hatte im Deliktzeitraum von 1986 bis 1989 in seinen Publikationen „den Nationalsozialismus verharmlosend dargestellt und den Holocaust geleugnet“.

Während des anhängigen Verfahrens setzte Honsik sich nach Spanien ab. Im August dieses Jahres übermittelte Österreich der zentralen spanischen Zielfahndung einen Haftbefehl, die Honsik daraufhin in Malaga verhaftete. Die örtlichen Polizeibehörden wurden umgangen, um Honsik keine Möglichkeit zur Flucht zu geben. Die Festnahme Honsiks ist in erster Linie auf den Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zurückzuführen, auf den sich im April 2007 der Rat der EU-Justizminister in Luxemburg geeinigt hatte. Der Europäische Haftbefehl ermöglicht die Auslieferung wegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unabhängig von der Strafbarkeit nach dem Recht des ersuchten Staates. Seit dem 4. Oktober sitzt Honsik nun in der Justizanstalt Wien-Josefstadt ein.

Da die Berufung abgelehnt wurde, bleibt Honsik bis zum Ende seiner Strafe inhaftiert. Das Erstgericht, so der Senat bei seiner Entscheidung vom 3. Dezember, habe bei den Strafzumessungsgründen „keine Fehlgewichtung“ erkennen lassen und Honsik „schuld -und tatangemessen“ bestraft. An diesem Urteil kann auch Honsiks Verteidiger Herbert Schaller nichts mehr ändern. Der in der rechtsextremen Szene einschlägig bekannte Anwalt lamentierte, sein Mandant habe sich „nur historisch betätigt“, seine Erkenntnisse wären „bisher eher bestätigt als widerlegt“.

Honsiks Vorstrafenregister reicht, so interne Unterlagen des österreichischen Innenministeriums, von Verurteilungen nach dem Sprengstoffgesetz, über das Waffengesetz, wegen erfolgter Beleidigungen, übler Nachreden, wegen Verhetzung,

wegen schwerer Sachbeschädigung, wegen Herabwürdigung des Staates und seiner Symbole, wegen gefährlicher Drohung, bis hin zum NS-Verbotsgesetz. 1990 wurde Honsik vom Amtsgericht München wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfens des Andenkens Verstorbener und Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt.

Honsik (Jg. 1941) war 1958 Mitbegründer der Pennalen deutschen Burschenschaft Markomannen, trat 1961 erstmals als Südtirol-Terrorist in Erscheinung. Er war an Anschlägen in Wien beteiligt, unter anderem bei der Hinterlegung eines Brandkörpers mit Zeitzünder bei der italienischen Fluggesellschaft Alitalia, beim Deponieren von Sprengkörpern vor der US-amerikanischen Botschaft und dem Parlament sowie bei der Abgabe von Schüssen auf das Parlament. Nach dem damaligen österreichischen Strafrecht wurde Honsik zu vier Jahren „schweren Kerkers“ verurteilt. Ab 1967 war Honsik Funktionär und Aktivist der später verbotenen Nationaldemokratischen Partei (NDP). 1976 warf er eine Rauchbombe in das Wiener Künstlerhauskino und wurde zu einer 15-monatigen Haftstrafe verurteilt. Seit 1980 gibt Honsik die antisemitische Hetzschrift „Halt“ heraus. Während seines Aufenthaltes in Spanien verfasste Honsik unter anderem schwülstige Gedichte, die vom „Freundeskreis Ulrich von Hutten“ in den „Huttenbriefen“ abgedruckt wurden.

Seine Hetze betrieb Honsik in den letzten Jahren weitgehend über das Internet. Vom Knast aus scheint er seine rechtsextreme Agitation fortzusetzen. So wurde dieser Tage auf seiner Homepage www.honsik.com die „Petition an das österreichische Parlament zur Abschaffung des NSDAP-Verbotsgesetzes“ veröffentlicht. Auf mehreren Seiten fordert Honsik darin eine Aufhebung des NSDAP-Verbotsgesetzes. Dieses werde, so Honsik, „seit Jahren dafür missbraucht, die von den USA diktierte, einseitige Geschichtsschreibung gegen Kritik und Revision zu verteidigen.“ Honsik erklärt in seinem Text auch, dass das „NSDAP-Programm nichts Anstößiges enthält“. Ihn erwartet nun ein weiteres Strafverfahren. Seine verfassungsfeindliche Agitation vom vermeintlich sicheren Spanien aus wird ihm noch einige Jahre Gefängnisauenthalt bescheren.

Anton Maegerle

Seitenblick

„Ferien im Führerbunker“

Der Berliner Senat plädiert für ein Verbot der „Heimatreuen Deutschen Jugend“.

Für ein Verbotsverfahren des paramilitärischen Neonazi-Vereins „Heimatreue Deutsche Jugend“ setzt sich nun auch der rot-rote Senat in Berlin ein. Tom Schreiber, Sprecher für Verfassungsschutz der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordneten-Haus, erklärte: „Die Zeit des Abwartens ist nun vorbei. Es müssen endlich Konsequenzen gezogen werden. Dazu gehört die Einleitung eines Verbotsverfahrens beim Bundesinnenministerium.“ Auch der Innenexperte der Fraktion, Thomas Kleineidam, betonte: „Es gibt eindeutige Anzeichen, dass die Heimatreue Deutsche Jugend eine Nachfolgeorganisation der Wiking-Jugend ist, die bereits 1994 verboten wurde. Hier steht der Bund in der Verantwortung.“

Grund für das Verbot war damals die „Wesensverwandtschaft mit der NSDAP und der Hitler-Jugend“. Auch die Bildung von Ersatzorganisationen hatte das Bundesinnenministerium untersagt. Doch noch immer erzieht die HDJ Kinder und Jugendliche in Zeltlagern mit militärischem Drill und ideologischer Schulung zu strammen Rechtsextremisten. Für die organisierte Neonazi-Szene stellt die HDJ eine wesentliche Hintergrundstruktur dar. Sie gilt als Kaderschmiede für den Nachwuchs. Zugleich werden die Familien stark eingebunden; so soll verhindert werden, dass Mitglieder der Szene den Rücken kehren.

Offensichtlich gerät auch der Berliner Verfassungsschutz selbst durch zahlreiche Beiträge in der Presse in Verlegenheit. So sollen die Angaben zur HDJ im jährlichen Bericht der Behörde überarbeitet werden. Den Ermittlern sind Zweifel etwa an den Mitgliederzahlen gekommen. Bislang ging der Verfassungsschutz von 100 Mitgliedern bundesweit aus. Dass es jedoch weit mehr sein dürften, zeigen die Zeltlager der HDJ. Dort treffen sich bis zu 350 Personen, auch hochrangige Kader der NPD wie Jörg Hähnel vom Bundesvorstand.

Zudem wirft die Berliner SPD den CDU-regierten Bundesländern Bayern und Hessen vor, die Gefahr der HDJ herunterzuspielen. Während die paramilitärische Gruppierung im Bund, in Berlin und

Brandenburg vom Verfassungsschutz beobachtet wird, findet die HDJ in den Berichten aus Hessen und Bayern keine Erwähnung. Aber „gerade die Einheiten Hessen und Franken sind sehr aktiv und führen unzählige Veranstaltungen auf Privatgrundstücken, in Grillhütten und Selbstversorgungshäusern im hessischen Westerwald, dem Hochtaunuskreis und der Region Limburg durch“, kritisiert die SPD in Berlin nun. „Die CDU/CSU-Innenminister sollten nicht nur Sonntagsreden gegen den Rechtsextremismus halten, nein, sie sollten handeln und sich konstruktiv beim Bund für ein Verbotsverfahren einsetzen“, fordert Tom Schreiber.

Zunehmend in Bedrängnis gerät dabei die HDJ. Nachdem das Bundesinnenministerium der HDJ Ende September die Uniformen verboten hat, klagt der paramilitärische Verein nun gegen diese Entscheidung. Jungen tragen das Grauhemd, Mädchen die „Mädelbluse“ und langen blauen Rock. Es gibt Verbands- und Sonderabzeichen, mit denen Mitglieder ihren Rang markieren. Das Versammlungsgesetz verbietet es aber, öffentlich Uniformen „als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen“. Die HDJ versuchte dies zu umgehen, indem sie sich auf einen Zusatz für Verbände berief, „die sich vorwiegend der Jugendpflege widmen“ – wie die Pfadfinder etwa. Als die Heimatreuen eine Ausnahme vom Uniformverbot beantragten, verwehrt ihnen dies das Innenministerium. „Die Anträge der HDJ sind abgelehnt worden, weil eine Gesamtschau der Aktivitäten ergibt, dass die politische gegenüber der jugendpflegerischen Betätigung überwiegt“, hieß es.

Vor allem mit dieser Feststellung dürfte die HDJ ein Problem haben. Ganz offiziell wäre dann bestätigt: Der Verein betreibt keine Jugendarbeit im eigentlichen Sinne, sondern ist politisch aktiv. Genau an diesem Punkt dürfte aber das Innenministerium ein Verbotsverfahren festmachen. Das Uniformverbot wäre so das Einfallstor für ein weiteres Vorgehen der Behörden. Das will die HDJ verhindern. Doch die Klage ist für den Neonazi-Verein riskant. Denn damit belegt die HDJ selbst, dass sie in der Nachfolge der Wiking-Jugend steht. Wolfram Nahrath hat die Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Bis zum Verbot der Wiking-Jugend war er deren letzter Bundesführer.

Alexander Fröhlich

Sekten

Psycho-Ideologie

Hamburg will ein Vereinsverbot der Scientology-Sekte vorantreiben.

Hamburgs Innensenator Udo Nagel (parteilos) hat auf der Innenministerkonferenz für ein Verbot der Scientology-Organisation (SO) auf Basis des Vereinsgesetzes geworben. Jetzt soll eine dem Bundesinnenministerium unterstellte Arbeitsgruppe Material zusammentragen, um die Möglichkeit eines Verbots zu prüfen.

Dass der Vorstoß, die „kriminelle Vereinigung“, so Nagel, zu verbieten, aus der Hansestadt kommt, überrascht nicht. Als Mitglieder von Scientology vor knapp 20 Jahren den Hamburger Immobilienmarkt mit rüden Methoden aufmischten, zog der Senat 1992 die Notbremse und betraute die damalige rechtspolitische Sprecherin der SPD Ursula Caberta mit dem Aufbau der „Arbeitsgruppe Scientology“. Seitdem gilt Hamburg in der Aufklärung über die SO bundesweit als federführend.

Weil die Scientologen aller Informationsarbeit zum Trotz weiter auf Seelenfang gehen, will Nagel jetzt die Notbremse ziehen. Begründung: „Ich halte Scientology für eine gefährliche und verfassungsfeindliche Organisation, die auf kriminelle Art und Weise Menschen in den finanziellen Ruin treibt.“ Nagel glaubt zwar nicht, dass die Scientologen mit knapp 7000 Mitgliedern (nach eigenen Angaben 30 000, davon 12 000 aktive) in Deutschland einen Umsturz realisieren können – auch wenn das ihr Ziel sei. Die 1954 gegründete Bewegung ist in den USA als Glaubensgemeinschaft und seit kurzem in Spanien als Religion und Kirche anerkannt.

In der Bundesrepublik war 1997 der erste Versuch, die Organisation zu verbieten, gescheitert. Skeptiker wie Wolfgang Bosbach, Vizechef der CDU-Bundestagsfraktion, äußern auch heute Zweifel, dass das Beweismaterial ausreicht. „Die Zweifel bezogen sich vor allem auf die Möglichkeit, die Scientologen nach den Strafgesetzen zu verbieten“, erklärt Nagel seinen aktuellen Vorstoß, bei dem der Hebel beim Vereinsrecht angesetzt werden soll. Vor zehn Jahren war der Versuch gescheitert, über das Strafrecht den Nachweis zu erbringen, dass die Straftaten einzelner Mitglieder

im Auftrag ihrer Organisation begangen worden sind und somit SO verantwortlich ist. Der Grund: Keiner der Angeklagten hatte zugegeben, im Auftrag der Organisation gehandelt zu haben.

Eigentlich, meint Nagel, hätten die Behörden gar keinen Ermessungsspielraum: „Denn im Grundgesetz Artikel 9, Absatz 2 heißt es, ein verfassungsfeindlicher Verein ist zu verbieten.“ Und an der „mit aggressiv-kämpferischer Weise verfolgten“ Verfassungsfeindlichkeit der vom Verfassungsschutz beobachteten Organisation hegt Nagel keinen Zweifel: „Die Psycho-Ideologie zielt auf die völlige Unterdrückung des Individuums.“

Vor dem angestrebten Vereinsverbot der SO steht die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. Die rechtliche Grundlage liefert ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln von 2004. Darin wurde eine Klage der Scientologen gegen die Beobachtung ihrer Organisation durch das Bundesamt für Verfassungsschutz abgewiesen. Scientology hat ein Berufungsverfahren angestrengt. Nagel: „Es ist eine Fundgrube, weil darin die Verfassungsfeindlichkeit der Organisation herausgearbeitet wurde: Angefangen von der Verletzung der Menschenwürde bis zu dem Vorhaben, die Gesellschaft umzustürzen.“

Scientology bewertet die Hamburger Initiative „als persönlichen Kreuzzug von Herrn Nagel“ und betont, die Organisation sei vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als religiöse Gemeinschaft anerkannt worden. „In diesem Klima einen solchen Antrag zu stellen, ist mehr als unverständlich“, sagte Scientology-Sprecherin Sabine Weber.

Dass das Verbot scheitern könnte, glaubt Hamburgs Innensenator nicht: „Ein Parteien-Verbotsverfahren hat eine ganz andere Qualität. Scientology hingegen ist ein Verein, der sich als vermeintliche Kirche geriert, aber eine kriminelle Organisation ist. Wenn man die Schriften von Scientology gründlich auswertet und das praktische Handeln der Organisation genau untersucht, bin ich ganz sicher, dass die Beweise für ein Verbot ausreichen werden.“ Nicht nur sein Amtskollege Uwe Schünemann (CDU) ist anderer Meinung: „Unsere Fachleute sagen, ein Vereinsverbot steht auf tönernen Füßen.“ Jetzt wird erst mal geprüft.

Volker Stahl

Ausland

„Weiße Christen“

Rechtsextreme Umtriebe im Land der Holocaust-Opfer.

Auch in Israel gibt es Rechtsextremisten. Anfang November tauchten in Jerusalem rechtsextreme Plakate mit dem Konterfei von Staatspräsident Schimon Peres auf. Die Fotomontagen zeigen Peres mit der Kopfbedeckung des einstigen Palästinenserführers Jassir Arafat. Darunter steht: „Präsident der Araber“ und „Der Mann, der Terroristen freilässt“. Antisemitische Schmierereien und rechtsextreme Gewalttaten, vorwiegend durch Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion verübt, sind keine Seltenheit mehr. So wurde am 2. Oktober eine Synagoge in Bnei Brak östlich von Tel Aviv mit Hakenkreuzen und NS-Parolen beschmiert. Ende September schändeten Unbekannte eine Synagoge im nördlichen Haifa mit Hakenkreuzen. Am 10. September wurden NS-Schmierereien an einer Synagoge in der südisraelischen Stadt Eilat entdeckt. An den Mauern prangten Hakenkreuze und die Losung „Hitler, der Messias“. Pro Jahr werden in Israel 300 rechtsextreme Vorfälle gemeldet. Israelische Soziologen schätzen die Zahl der Neonazis im Land der Holocaust-Opfer auf einige Hundert.

Im August verhaftete die Polizei in der Arbeiterstadt Petach Tikwa von Tel Aviv acht Neonazis, die die örtliche Synagoge innen und außen mit Hakenkreuzen und „Hitler“ beschmiert hatten. Die russischstämmigen Neonazis im Alter zwischen 17 und 20 Jahren hatten auch Gastarbeiter, orthodoxe Juden und Homosexuelle angegriffen. Bei Hausdurchsuchungen fand die Polizei Messer, mit Nägeln versetzte Bälle, neun Kilogramm Sprengstoff und Propagandamaterial ausländischer Neonazi-Gruppierungen. Beschlagnahmt wurde ein deutschsprachiges Video über Neonazis in den USA. Mehrere der Festgenommenen, die sich als „weiße Christen“ empfinden, tragen auf ihren Körpern Tattoos mit keltischen Kreuzen, da sie an die Überlegenheit der weißen Rasse glauben. Andere sind mit Tätowierungen wie der Zahl „88“ (Chiffre für Adolf Hitler) und der Aufschrift „White Power“ geschmückt. Kopf der Neonazi-Zelle, die Hitlers Geburtstag auf einem Friedhof

zelebrierte, ist der 19-jährige Arik Bunyatow Bunytov. Auf dessen Computer fanden sich Hinweise zu Gleichgesinnten in den USA und Russland.

Während einer Gedenkminute am 4. November für den am 4. November 1995 ermordeten Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin vor einem Fußballspiel brüllten hunderte Fans des Fußball-Klubs Beitar Jerusalem Buhrufe und riefen den Namen des Rabin-Mörders Jigal Amirs.

Weltweite Schlagzeilen lieferten im März 2004 Hausdurchsuchungen der Polizei in Wohnungen von Rechtsextremisten in Jerusalem und der israelischen Siedlung Kfar Tapuach bei Nablus. Sechs Personen der Gruppe Kahane Chai (Kahane lebt) wurden verhaftet. Die Gruppe ist seit der Ermordung Rabins in Israel verboten und von der US-Regierung auf die Terrorliste gesetzt worden. Der New Yorker Rabbi Meir Kahane gründete 1968 die Jewish Defense League und verfolgte ursprünglich das Ziel, in den USA jüdische Wohngebiete vor Antisemitismus und wachsender Kriminalität zu schützen. 1971 begann Kahane, in Israel aktiv zu werden. Zum Hauptfeind wurden die israelische Regierung erkoren, die unwillig sei, mit der von arabischen Terroristen gegen Juden verübten Gewalt umzugehen, und die Araber, die Kahane mit Nazis gleichsetzte. 1990 wurde der Gründer der Kach-Partei (Nimm) von einem ägyptischen Attentäter in New York erschossen. Sein Sohn setzte bis zu seiner Ermordung durch einen Palästinenser im Silvester 2000 die Hetze fort. Mitbegründer der Kach-Partei war Baruch Goldstein. Goldstein lief im Februar 1994 Amok und erschoss 29 Palästinenser. In der Siedlung Kiryat Arba bei Hebron wurde ihm von den Bewohnern ein Ehrenmal errichtet.

Angesichts der zunehmenden rechtsextremen Übergriffe wird in Israel über eine Änderung des Einwanderungsrechtes diskutiert. Das 1970 verabschiedete Rückkehrgesetz sieht vor, dass diejenigen Personen einwandern können, die selbst oder deren Familienangehörige Juden sind. So wandern auch Russen ein, die nur einen jüdischen Großvater haben und damit gemäß dem jüdischen Religionsgesetz keine Juden sind. Kraft des Rückkehrrechts kamen in den 90er Jahren eine Million Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion nach Israel. Sie machen rund 20 Prozent der Bevölkerung aus. Viele machten vom Rückkehrrecht Gebrauch, ohne einen Bezug zum Judentum zu haben.

Anton Maegerle

„Übergangsphase“

Beim rechtsextremen Front National dürfte alsbald der „Grabenkrieg“ zwischen den künftigen Rivalen um das Amt der Parteiführung entbrennen.

Als „bedeutungsloses Ereignis“ (non-événement) qualifiziert die rechtsextreme Wochenzeitung „Minute“ die Wiederwahl von Parteichef Jean-Marie Le Pen an der Spitze des Front National (FN). Es hatte keinen Gegenkandidaten gegeben. Dieses Mal hatte der alternde Parteichef – er wird in einem halben Jahr 80 – immerhin erklärt, dass es sein letztes dreijähriges Mandat an der Parteispitze sein werde. Seine „letzte Amtszeit“ für die Jahre 2007 bis 2010 läutet damit auch offiziell eine „Übergangsphase“ ein.

97,67 Prozent der Stimmen für seine Wiederwahl hatte Jean-Marie Le Pen bekommen. Der Rest entfiel auf ungültig abgegebene Stimmen. Das wäre alles nicht weiter der Rede wert, gäbe es da nicht eine wichtige Neuerung in der Form: Es waren die einzelnen Parteimitglieder, die (in der Regel per Briefwahl) vor dem Kongress ihre Stimme für den neu-alten Parteichef oder auch für die künftigen Mitglieder des „Zentralkomitee“ genannten Leitungsgremiums abgaben. Und nicht, wie in der Vergangenheit, die (theoretisch) gewählten, aber in der Praxis oft durch die Bezirkssekretäre ernannten Kongressdelegierten.

Ein großer Nachteil dabei: Diese Wahlmethode erlaubt, bei der Auszählung auch festzustellen, wie viele Parteimitglieder der FN wirklich hat. Und dies in einer Phase, wo die rechtsextreme Partei in Engpässen steckt. „Minute“, die bei grundsätzlicher Sympathie für den FN eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber seiner aktuellen Parteiführung unter Beweis stellt, gibt die Anzahl der durch die Abstimmung gezählten Mitglieder des FN mit „13 000 bis 15 000“ an. (Die Parteiführung behauptet offiziell zwischen 40 000 und 80 000.) Gleichzeitig ist zu erfahren, dass die Teilnahmequote an der Wahl von Parteichef und Vorstand, gemessen an der offiziellen Mitgliederzahl, bei 51,4 Prozent liege. Also mutmaßlich irgendwo zwischen 6000 und 8000 Abstimmenden. Damit dürfte unterdessen klar sein, dass die reale Mitgliederzahl des FN, nach Abzug von Karteileichen, heute im einstelligen Tausenderbereich liegen dürfte. Zum Zeitpunkt der Spaltung im De-

zember 1998 hatte der FN noch gerichtlich nachgewiesene 42 000 Beitragszahler besessen.

Unter den prominenten Vorstandsmitgliedern, die zur (Wieder)Wahl standen, erhielt Bruno Gollnisch mit 85,14 Prozent das höchste Ergebnis und Marine Le Pen mit 75,76 Prozent das zweithöchste. „Minute“ interpretiert dieses Ergebnis dergestalt, dass „fast alle ‘Marinisten’ für Bruno Gollnisch gestimmt haben, aber ein kleiner Teil der ‘Gollnischianer’ nicht für sie (die Le Pen-Tochter) votierte“. Die beiden künftigen großen Rivalen im Streit um die Parteiführung und den Kurs des FN haben nun, aller Wahrscheinlichkeit nach, dergestalt Aufstellung bezogen. Als dritter Mann könnte eventuell ein anderer langjähriger Kader, der – ebenso wie Altfunktionär Gollnisch – „Marines“ Kurs potenziell zu moderat und zu „modernisierungsfreudig“ findet, in Gestalt von Carl Lang noch mitmischen. Anlässlich der Neuwahlen zu den Führungsinstanzen auf dem Kongress von Bordeaux hatte Lang zunächst auf eine erneute Kandidatur und damit auf seine Wiederwahl ins „Zentralkomitee“ verzichtet. Allerdings hat Jean-Marie Le Pen ihn auf der Liste der von ihm persönlich ernannten Mitglieder erneut in dieses Gremium gehoben. Damit bleibt Lang, der als Vertreter der rassistischen Neuheiden gilt, vorläufig im Rennen.

Zwischen Marine Le Pen und Bruno Gollnisch dürfte damit nunmehr, hinter den Kulissen, alsbald der Erbfolgekrieg entbrennen. „Minute“ spricht in diesem Zusammenhang von einem beginnenden „Grabenkrieg“. Vor diesem Hintergrund könnte der FN in naher Zukunft absehbar mit sich selbst beschäftigt sein. Allerdings könnte es ihm zugleich auch gelingen, erneut Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu gewinnen, indem er in den letzten Tagen die neu ausgebrochenen Krawalle in den Pariser Banlieues (Trabantenstädten) nutzt, um seine Agitation gegen „kriminelle Ausländer“ und „Unruhestifter“ zu verstärken. Unglücklicher Zufall ist es, dass just in diesem Moment ein prominentes Führungsmittglied der Partei – Jean-Michel Dubois – in der Pariser Vorstadt Villiers-le-Bel, wo die jüngsten Unruhen ihren Ausgang nahmen, im Wahlkampf steht. Ob es der extremen Rechten gelingt, von den Auswirkungen dieser Situation zu profitieren und verstärkt Wasser auf ihre Mühlen zu lenken, bleibt unterdessen noch abzuwarten.

Bernhard Schmid

Rechtes Ritual

Alljährliche Gedenkfeiern zur Huldigung des spanischen Diktators Franco.

Im Großraum Madrid ist es rund um den Todestag des Ex-Diktators Francisco Franco zu Aufmärschen extrem rechter Gruppierungen gekommen. Während einer Demonstration der neonazistischen „Alianza Nacional“ unter dem Motto „Die Einwanderung zerstört deine Zukunft“ die Genehmigung verweigert wurde, hatte ein Gericht das städtische Verbot für die jährliche Gedenkveranstaltung der rechtsextremen „La Falange“ wieder aufgehoben. Nach einem Zug durch die Innenstadt marschierten in der Nacht vom 17. zum 18. November dieses Jahres 300 Ewiggestrige ins 50 Kilometer entfernte „Valle de los Caidos“ zu den Gräbern des Ex-Staatschefs und Falange-Gründers José Antonio Primo de Rivera. Am Nachmittag hatten 1500 Menschen an einem Gedenkgottesdienst teilgenommen. Die alljährliche Messe wird von Rechtsextremisten aller Couleur traditionell zur Huldigung des 1975 verstorbenen Generals genutzt. Am darauf folgenden Tag versammelten sich in Madrid etwa hundert Personen zur Kundgebung der Veteranen-Vereinigung „Confederación Nacional de Combatientes“, zu deren Abschluss die Alt- und Neonazis mit erhobenen Armen die Parteihymne der Falange-Bewegung sangen.

Parallel zu den rechten Veranstaltungen kam es landesweit zu massiven Protestaktionen, die teilweise von Auseinandersetzungen mit Polizeikräften begleitet wurden. Hintergrund war die Ermordung des Nazigegners Carlos Palomino am Rande einer Demonstration der Jugendorganisation der rechtsextremen „Democracia Nacional“ am 11. November im Madrider Stadtteil Usera. Ein Neonazi hatte den 16-jährigen auf dem Weg zu einer Gegenkundgebung mit mehreren Messerstichen getötet und zwei weitere Jugendliche verletzt. Den Angaben der „Bewegung gegen die Intoleranz“ („Movimiento contra la Intolerancia“) zufolge gehen auf der iberischen Halbinsel seit Beginn der 1990er-Jahre mehr als 70 Todesopfer auf das Konto rassistischer und rechtsradikaler Gewalt. Nur wenige Tage nach dem Mord an Palomino wurde in Valencia ein Libanese von einem spanischen Rassisten lebensgefährlich verletzt.

Michael Funk

Literaturtipp

Selbstinszenierung

Rechtspopulismus als Bürgerbewegung.

Im Rheinland sowie in einigen Ruhrgebietsstädten machen sich im Vorfeld der Kommunalwahl 2009 Rechtsaußen-Gruppierungen breit, die ihre Grundgesetztreue beteuern, tatsächlich aber zum Spektrum der extremen Rechten gezählt werden dürfen. Struktur und Methodik dieser „pro NRW- und „pro Deutschland“-Gruppierungen untersucht eine Ende November veröffentlichte Expertise der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf: „Rechtspopulismus in Gestalt einer ‘Bürgerbewegung’“. Herausgegeben wurde sie von der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA NRW). Die Untersuchung beschäftigt sich mit Entstehung und Entwicklung der „Bürgerbewegung pro Köln“, die Ausgangspunkt dieser Ausdehnungsversuche ist, mit den überregionalen Modellen „pro NRW“ und „pro Deutschland“, ihrer Strategie, ihrem Aufbaukonzept und dem Versuch, sich nach noch weiter rechts abzugrenzen und gleichzeitig von rechts in die Mitte zu wirken. Eigene Kapitel sind rechtspopulistischen Themen und Kampagnen, speziell der Anti-Islam-Kampagne, gewidmet. Hinweise auf mögliche Gegenstrategien fehlen nicht.

Die Autoren bezeichnen die pro-Gruppierungen als neue Form rechter Selbstinszenierung: „Rechtspopulismus inszeniert als ‘Bürgerbewegung’“. Es gehe ihnen um die „Instrumentalisierung vorhandener Ängste und Vorurteile“. Die Autoren warnen davor, diese Organisationsansätze zu unterschätzen: „Auch pro Köln hat vor Jahren als unbedeutende Truppe von extremen Rechten angefangen, die heute als Fraktion im Stadtrat sitzen und mit ihren Kampagnen zu erheblichen Störungen des multikulturellen Zusammenlebens beitragen.“ Die politische Mitte wird in die Pflicht genommen: „Gefährliche Wirkungen entfaltet organisierter Rechtspopulismus dann, wenn die Abgrenzung der politischen Mitte von extrem rechten Positionen inhaltlich zu erodieren beginnt.“

Tomas Sager

Die 40-seitige DIN-A-5-Broschüre ist erhältlich bei der LAGA NRW: E-Mail info@laga-nrw.de; Internet www.laga-nrw.de

Demokratische Initiativen

Handlungsbedarf

Bei der Gewerkschaft ver.di steht die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ganz oben auf der Agenda.

Die Gewerkschaft ver.di wird künftig ihre Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus ausdehnen. Diesen eigenen Auftrag gab die Dienstleistungs-Arbeitnehmerorganisation sich auf ihrem Bundeskongress in Leipzig. Dort wurden gleich 25 Anträge zu diesem Themenkomplex behandelt. Eindeutig ist dabei die Haltung zur NPD, deren Verbot gefordert wird.

Neonazis unterschiedlichster Couleur spielen sich seit geraumer Zeit verstärkt als Anwälte für sozial ins Abseits gedrängte Menschen auf, genauso wie sie vorgaukeln, Arbeitnehmerinteressen wahrzunehmen und seit einigen Jahren auch den Tag der Arbeit, den 1. Mai, für ihre Zwecke nutzen, um völkische Denkweisen zu propagieren. Mal geschickt, mal plump streuen sie ihre demokratiefeindliche Gesinnung, meist gepaart mit Kritik am „System“ und an der Globalisierung. Mit dem Benennen von „Sündenböcken“ präsentieren sie auf komplexe Fragen und Zusammenhänge vermeintlich einfache Antworten, die in Wirklichkeit aber ein dummes und dumpfes Weltbild voller Rechtspopulismus und menschenverachtender Fremdenfeindlichkeit wiedergeben. Auch innerhalb der Gewerkschaften ist man nicht gefeit vor solchem Gedankengut, wie eine aktuelle Studie, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung, an der unter anderem der renommierte Berliner Politologe und Rechtsextremismusforscher Richard Stöss mitgearbeitet hat, aufzeigt.

Ver.di sieht daher akut Handlungsbedarf und will verstärkt aufklären. Um effektiv und nachhaltig zu wirken, wird eine bundesweite Vernetzung angestrebt. Bereits funktionierende Projektarbeit, dazu bewährte Studienreisen zu Gedenkstätten sollen noch mehr in die Breite getragen werden. Schulungen von Betriebsräten, Personalräten, Vertrauensleuten und Jugendvertretungen gehören ebenso zum Aufgabenfeld wie eine allgemeine Sensibilisierung am Arbeitsplatz und in den Betrieben. Angedacht sind bundesweite Kampagnen – etwa zu Wahlen – aber auch die Optimierung von

Bündnisarbeit mit anderen Gewerkschaften oder Organisationen und Vereinen wie zum Beispiel „Mach meinen Kumpel nicht an e.V.“.

Die Geschicke sollen von einem Zentralen Arbeitskreis „Offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ (ZAKO) koordiniert werden. Jährlich wird es mehrere Zusammenkünfte geben, um sich von Flensburg bis Berchtesgaden besser auszutauschen. Gute Ideen und Aktionen sollen nämlich nicht länger regional begrenzt bleiben, angedacht ist ein Referentenpool als weiteres Serviceangebot. Insgesamt soll neben ZAKO der Leitgedanke des antifaschistischen und antirassistischen Engagements auch auf die Landesbezirke und deren Untergliederungen herunter gebrochen werden, wo punktuell bereits zu der Problematik gearbeitet wird, wo aber noch weit mehr Potenzial ausgeschöpft werden soll. In Kürze ist eine angemessene Internetpräsenz vorgesehen. Ausdrücklich soll es eine Verzahnung mit den Aktivitäten der ver.di-Jugend geben.

Horst Freires

Kontakt: politik-und-planung@verdi.de

IN EIGENER SACHE:

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2008!

Die nächste Ausgabe des „blick nach rechts“ erscheint wegen der Weihnachtspause wieder am 4. Januar 2008.



Liebe Leserinnen und Leser des **blick nach rechts**,

seit Mai 2004 erscheint der „blick nach rechts“ jetzt alle 14 Tage als elektronische Zeitung (e-Paper).

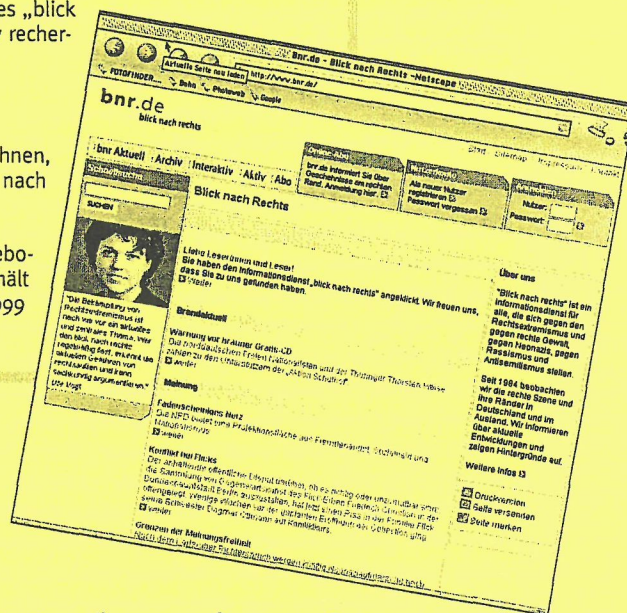
Auch Freunde des „handfesten“ Lesestoffs aus Papier müssen dabei keine Nachteile fürchten: das „blick nach rechts“-e-Paper gibt es in Form einer Pdf-Datei und es kann deshalb problemlos ausgedruckt, wie gewohnt gelesen und vervielfältigt werden.

Die Abonnenten des „blick nach rechts“-e-Paper können darüber hinaus ohne weitere Kosten sämtliche Vorteile unserer bnr-online-Plattform nutzen:

- die regelmäßig erscheinenden, breit rezipierten aktuellen Meldungen des „blick nach rechts“ lesen,
- auf die blitzschnelle Volltextsuche aus der gesamten Internet-Seite des „blick nach rechts“ zugreifen sowie im stetig wachsenden bnr-Ausgabenarchiv recherchieren und
- jederzeit ältere e-Paper-Ausgaben herunterladen.

Auf Grund der seit Mai 2004 bewährten Erscheinungsform, machen wir Ihnen, unseren verbliebenen Abonnenten der gedruckten Variante des „blick nach rechts“, ein besonderes Angebot:

Wer jetzt auf ein e-Paper-Abonnement umsteigt, kann künftig alle Angebote unserer online-Plattform nutzen, zahlt nur 9,80 Euro pro Jahr und erhält obendrein die „blick nach rechts“-Archiv-CD der Jahrgänge 1996 bis 1999 als Prämie dazu.



Berliner vorwärts
Verlagsgesellschaft mbH
– Vertrieb –
Stresemannstraße 30
10963 Berlin

bnr.de **jetzt abonnieren!**
blick nach rechts

Ich beziehe ☐ das Online-Jahresabo für 9,80 €

Datum _____ Unterschrift _____

Widerrufsgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche (Datum des Poststempels) gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Vertrieb, PF 610322, 10925 Berlin widerrufen werden.

Zahlungsweise ☐ Bankeinzug ☐ Rechnung

Vorname	Nachname	Telefon
Straße	PLZ/Ort	E-Mail
Geldinstitut	Kto-Nr.	BLZ
Datum	Unterschrift	Kunden-Nr.

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130 • Fax (0 30) 2 55 94 - 199 • E-Mail vertrieb@vorwaerts.de

Blick in die Zeitgeschichte

Verbrecherischer Befehl

Der Bandenbekämpfungserlass vom Dezember 1942 war ein Freibrief zum Morden.

Als vor 61 Jahren der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg die Urteile gegen 24 führende Funktionäre des NS-Regimes verkündete, wunderte sich kaum jemand über die Todesurteile gegen den zweiten Mann im Staat, Herman Göring, Generalgouverneur Hans Frank oder den Herausgeber des Hetzblattes „Der Stürmer“, Julius Streicher. Todesurteile gegen hohe Offiziere wie den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, wurden hingegen hinter vorgehaltener Hand kritisiert. Dabei gehörte Keitel zu den besonders radikalen Verfechtern des uneingeschränkten Vernichtungskrieges vor allem in der UdSSR. Kurz vor dem deutschen Überfall Mitte Juni 1941 hatte General Walter Warlimont den berüchtigten „Kommissarbefehl“ unterzeichnet, den Keitel autorisiert hatte. Dort hieß es nach Hitlers Anweisung, alle politischen Kommissare der Roten Armee seien zu „beseitigen“: „Insbesondere ist von den politischen Kommissaren aller Art als den eigentlichen Trägern des Widerstands eine hasserfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten. Sie sind daher ... grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen.“ Damit war der Mord an den Kommissaren legalisiert.

Keitel ging dieser Befehl im Winter 1942 kurz vor dem Ende der Schlacht bei Stalingrad nicht weit genug. Weil sich die Niederlage der 6. Armee, die am 31. Januar 1943 kapitulierte, deutlich abzeichnete, erließ Keitel vor 65 Jahren, am 16. Dezember 1942, einen Erlass, der alle deutschen Einheiten an der Front im Krieg gegen die UdSSR ermächtigte, ohne jede Einschränkung Menschen zu ermorden: Rotarmisten, Zivilisten, Arbeiter, Bauern, Frauen und Kinder – einfach alle. Der Erlass trug den Titel „Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten“ und galt damit auch für das längst unterjochte Polen. Dort allerdings fielen dieser Anweisung nur wenige Menschen zum Opfer, weil in Polen schon 1939 neben der Wehrmacht SS und Gestapo die Macht übernommen hatten. Es war, so das Urteil eines NS-Strafverfahrens in Leipzig

vom 1. November 1976, der Freibrief, „in verbrecherischer Weise jeden Wehrmachtsangehörigen von allen Bindungen an Völkerrechtsnormen zu befreien und erlaubten ihnen jeden Willkürakt gegenüber der sowjetischen Bevölkerung.“

Das Urteil des Bezirksgerichts Leipzig beschreibt genau, was mit diesem Erlass bezweckt wurde. Seine Folgen zeigten sich im weiteren Verlauf des Krieges bis zur Befreiung im Mai 1945. Die angeblich saubere Wehrmacht verwandelte sich an vielen Frontabschnitten in marodierende Banden. Statt Richtung Osten marschierten die Kolonnen jetzt nach Westen auf der Flucht vor der Roten Armee, die nun die blutigen Spuren der Okkupanten aufdeckte.

Der Bandenbekämpfungserlass hatte im ersten Nürnberger Prozess 1945/46 eine Rolle gespielt. Das Gericht wollte damals klären, ob neben SS und Gestapo auch die Wehrmacht eine verbrecherische Organisation gewesen sei. Die Richter verneinten diese Frage, weshalb weder der Kommissarbefehl noch der Erlass vom 16. Dezember 1942 ausführlich erörtert worden ist. Das gilt auch für die aktuelle Literatur. Die „Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten“ ist weitestgehend vergessen. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges sind hierzulande nie in vollem Umfang untersucht und geschildert worden. Dabei hatte kein am Zweiten Weltkrieg beteiligter Staat mehr gelitten als eben die UdSSR. Zehn Millionen Soldaten sind bei Kämpfen umgekommen, drei Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft verhungert oder Seuchen erlegen. Ebenfalls zehn Millionen Zivilisten haben die Befreiung nicht erlebt. Allein in der Ukraine und in Belorussland sind fast sechs Millionen Frauen, Kinder und Greise umgekommen. 1700 Städte und 70 Dörfer, 32 000 Industriebetriebe und 127 000 Bildungseinrichtungen haben Deutsche zerstört – die meisten nach Stalingrad im Winter 1943 und im Zusammenhang mit dem „Bandenbekämpfungserlass“ von General Keitel.

Zum Kommissarbefehl und anderen Anweisungen für den Krieg „im Osten“ heißt es in der „Enzyklopädie des Holocaust“, sie waren „eine Missachtung der internationalen Konventionen über die Behandlung und die Rechte von Kriegsgefangenen und Zivilisten in besetzten Gebieten“. Anders formuliert waren diese Befehle verbrecherisch.

Heiner Lichtenstein

Ungesühnter Massenmord

Gericht erkennt bei dem Massaker von 1943 auf der griechischen Insel Kephallonia keine „niedrigen Beweggründe“.

Sieht man von den Massenverbrechen der Deutschen Wehrmacht in Osteuropa und der UdSSR ab, haben deutsche Offiziere und Soldaten in Italien am blutrünstigsten gewütet. Zwei Offiziere sind dafür zur Verantwortung gezogen und rechtskräftig verurteilt worden – mehr nicht. Nun hat das Oberlandesgericht München ein Verfahren wegen der Hinrichtung von 4000 italienischen Offizieren endgültig eingestellt. Damit dürfte unter das Kapitel „deutsche Verbrechen in Italien“ definitiv ein Schlussstrich gezogen sein. Dabei geht es insgesamt um Morde an ungezählten Zivilisten und erschossenen Soldaten nach dem Seitenwechsel Italiens im Herbst 1943. Nach der Landung der Alliierten auf der Mittelmeerinsel Sizilien war in Rom Hitlers Verbündeter Benito Mussolini von Widerstandsgruppen gestürzt worden, um mit den Westalliierten einen Sonderfrieden zu vereinbaren. Damit war aus Deutschlands Verbündetem Italien ein Kriegsgegner geworden. Wegen des Seitenwechsels befahl Hitler als Oberbefehlshaber der Wehrmacht gnadenlose Rache. Aber nicht alle deutschen Offiziere folgten dem Befehl, ihre ehemaligen Verbündeten zu erschießen. Es gab Möglichkeiten, den Befehl zu umgehen – sowohl in Italien als auch in Griechenland, wo italienisches Militär als Besatzungsmacht herrschte.

Auf der griechischen Insel Kephallonia befolgten deutsche Gebirgsjäger den Hitlerbefehl und erschossen am 24. September 1943 etwa 4000 italienische Offiziere. Es war in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges wahrscheinlich das blutigste Kriegsverbrechen überhaupt. Die Massenmorde an Juden waren nämlich keine Kriegsverbrechen, sondern schlicht eben Massenmorde. Nach der Befreiung und dem Ende des Krieges im Mai 1945 kümmerte sich ebenso wie in der Bundesrepublik so auch in Italien zunächst kaum jemand um die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit. Britische Ermittlungen, die bereits im Herbst 1944 aufgenommen worden waren, mussten 1955 eingestellt werden. Der Kalte Krieg hatte begonnen, die NATO wurde gegründet, die Bundesrepublik sollte Mitglied werden. Da hätten Strafverfahren gegen ehemalige deutsche Soldaten nicht ins Bild

gepasst. Die Akten verschwanden in einem Büroschrank, der erst Mitte der 90er Jahre zufällig gefunden und geöffnet wurde. Doch da waren viele mutmaßliche Täter schon tot oder zu alt und verhandlungsunfähig. Nur in zwei Fällen war die römische Justiz erfolgreich – gegen SS-Obersturmbannführer Herbert Kappler und SS-Hauptsturmführer Otto Priebe. Beide wurden von italienischen Gerichten verurteilt. Dabei blieb es.

Versuche, wegen anderer Verbrechen Strafverfahren durchzusetzen, scheiterten ohne Ausnahme, so auch jetzt in München. Dort wurde lange gegen den ehemaligen deutschen Leutnant und an dem Massaker vom September 1943 beteiligten Otmar M. ermittelt. Im Juli 2006 stellte die Staatsanwaltschaft München I die Ermittlungen ein. Nach massiven Protesten aus Italien beantragte der Münchner Rechtsanwalt Michael Hofmann beim Oberlandesgericht (OLG) München ein Klageerzwingungsverfahren, um die Staatsanwaltschaft zu zwingen, Anklage zu erheben. Doch das OLG wies den Antrag als „unzulässig“ und „unbegründet“ zurück. Bei der Erschießung habe es sich um Totschlag gehandelt und der sei längst verjährt. Otmar M. könnten weder „niedrige Beweggründe“ noch „Grausamkeit“ nachgewiesen werden. Er habe den Befehl Hitlers ausgeführt. Das sei, so das OLG, zwar ein „menschenverachtendes Verhalten“ gewesen, aber eben doch kein Mord. Der Leutnant habe aus Angst vor den Folgen gehandelt. Das Mordmerkmal der „Grausamkeit“ greife nicht, weil den Opfern „keine über die Tötung hinausgehenden Schmerzen und Qualen“ zugefügt worden seien.

Das freilich kann man auch anders bewerten. Hermann Frank Meyer aus München beschäftigt sich seit vielen Jahren mit deutschen Verbrechen in Italien und Griechenland – so auch mit dem in Kephallonia. Er kennt besser als jeder andere die Umstände dieses Verbrechens und weiß, was genau an jenem Septembertag geschehen ist. In einem langen Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung“ sagte er kürzlich: „Meiner Meinung nach wussten die Münchner Staatsanwälte viel zu wenig über die Vorgänge auf Kephallonia. Die Erschießung der Offiziere hat vier Stunden gedauert, von morgens 8.00 bis 12.00 Uhr. Die Leute standen im Hof und warteten auf ihre Exekution. Wenn das keine Grausamkeit ist, was dann?“ Die Frage sollte auch das OLG München beantworten.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

„Pro Köln“ darf beobachtet werden

Düsseldorf – Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat am 4. Dezember eine Klage der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung pro Köln“ gegen die Erwähnung der Gruppierung in den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichten für 2005 und 2006 abgewiesen. Es gebe ausreichend „Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“, betonte das Gericht in der mündlichen Urteilsbegründung. In Publikationen von „pro Köln“ werde das Ziel verfolgt, „Ausländer vor allem muslimischer Herkunft pauschal wegen ihrer Abstammung und Religionszugehörigkeit herabzusetzen und auszugrenzen“. „Pro Köln“ hatte in der Vergangenheit bereits gegen die Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten der Jahre 2002 bis 2004 geklagt, damit aber vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf und dem Oberverwaltungsgericht Münster ebenfalls keinen Erfolg gehabt. Der „pro Köln“-Vorsitzende Markus Beisicht kündigte an, das aktuelle Verfahren über das Oberverwaltungsgericht Münster bis vor das Bundesverfassungsgericht tragen zu wollen. (ts)

Borchert wieder frei

Kiel – Einer der führenden Köpfe in der schleswig-holsteinischen Neonaziszene ist nach überwiegender Verbüßung seiner Haftstrafe wieder auf freiem Fuß. Bereits am 4. Oktober wurde Peter Borchert vorzeitig entlassen. Auf der Demonstration von Christian Worch für den Club 88 in Neumünster am 24. November suchte Borchert wieder den Kontakt zur rechten Szene. Er war am 27. April 2004 vom Landgericht Kiel wegen Waffenhandels in 13 Fällen zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden und auch für mehrfache Körperverletzungsdelikte bekannt. (hf)

NPD und Republikaner kandidieren in Hessen

Wiesbaden – Der Landeswahlausschuss in Wiesbaden hat die Kandidatenlisten von Republikanern und NPD für die hessische Landtagswahl am 27. Januar 2008 zugelassen. Die Republikaner-Liste wird vom Landesvorsitzenden Haymo Hoch (54) aus Zwingenberg angeführt, auf Platz 2 folgt mit Mark Olaf Enderes (44) aus Wiesbaden einer seiner Stellvertreter. Bei der NPD steht Doris Zutt (52) aus Ehringshausen, im NPD-Bundesvorstand zuständig für das Referat Senioren/Rentner und Kreistagsmitglied im Lahn-Dill-Kreis, an der Spitze der Landesliste. Auf den nächsten Plätzen folgen der stellvertretende Landesvorsitzende Dirk Waldschmidt (42) aus Schöffengrund, der Landesvorsitzende Marcel Wöll (24) aus Butzbach und der Frankfurter Stadtverordnete und stellvertretende Landesvorsitzende Jörg Krebs (32). Während es den Republikanern gelang, in 50 der 55 Wahlkreise auch Direktkandidaten aufzustellen, schaffte die NPD dies nur in 38 Kreisen. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:

Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:

Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöff

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de

Fon: (030) 255 94 174

Fax: (030) 255 94 499

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Postfach 610 322, 10925 Berlin

Fon: (030) 255 94 100

Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Fon: (030) 255 94 130

Fax: (030) 255 94 190

Mail: vertrieb@vorwaerts.de